

Völkerrecht schützen

In unregelmäßigen Abständen finden im ehemaligen Wahlkreisbüro von **Michael Müller**, das nun, angelehnt an seinen Beruf, den Namen „Die Setzerei“ trägt, Veranstaltungen mit Politikern, Wirtschaftsvertretern oder Künstlern statt.



Gestern begrüßte **Michael Müller** den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden **Rolf Mützenich** in seinen Räumlichkeiten an der Bleibtreustraße. Zwischen funktionierenden Druckmaschinen und Setzkästen hatten sich knapp 100

Gäste eingefunden, um zu hören, was ihnen der heutige Außenpolitiker **Rolf Mützenich** zu sagen hat.

Mützenich war von September 2019 bis Februar 2025 Fraktionsvorsitzender und alles andere als geschmeidig in dieser Funktion. Den breitesten Raum in seinem **Wikipedia**-Eintrag nimmt die Rubrik: „Positionen zum Krieg in der Ukraine“ ein. Wir erinnern uns: *Im März 2024 forderte Mützenich in einer Bundestagsdebatte über einen Antrag der Unionsfraktion zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine, es solle darüber nachgedacht werden, wie man den Krieg „einfrieren“ könne. Sei „es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden“ könne?*

Der fraglos richtige Ansatz, fand nicht bei allen seiner Genossen Zustimmung, aber bei der Linken, dem BSW und Abgeordneten der AfD. Heftige Kritik gab es aus dem Regierungslager von den Grünen und der FDP und Teilen seiner Partei, aber auch von Unionspolitikern.

Niemand weiß, wozu es geführt hätte, wenn der Krieg, zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Angriffs Putins auf die Ukraine, eingefroren worden wäre. Vielleicht viele Tausend Tote weniger? Der Text bei **Wikipedia** spiegelt die ganze Tragweite dieser Katastrophe wider. Und er zeigt die Zerrissenheit der deutschen Politik in dieser Frage. Um Ihnen das Nachschlagen abzunehmen, dokumentieren wir den Text am Ende dieses Beitrages.

Mützenich bedauerte gleich zu Beginn seiner Ausführungen, dass der atomare Abrüstungsvertrag zwi-

schen den USA und Russland, New START, am 5. Februar 2026 ausgelaufen ist. *Damit endet eine 50-jährige Ära der direkten Begrenzung strategischer Atomwaffen, was Befürchtungen vor einem neuen Wettrüsten zwischen den Großmächten schürt. Das Abkommen beschränkte die Sprengköpfe auf je 1.550. Mützenich: „Trump und Putin sind offenbar nicht bereit, zur Stabilität in der Welt beizutragen.“*



Mützenich kritisierte, wie wir inzwischen mit einer Selbstverständlichkeit mit hohen Rüstungsausgaben umgingen und verwies auf die exorbitanten Gewinne, die damit erzielt würden. Diese Gewinne müssten „abgegriffen“ und für den Wiederaufbau verwendet werden.

Auch stört sich der SPD-Politiker an der Sprache. Was ist damit gemeint, wenn gesagt wird: „Europa muss wieder die Sprache der Macht lernen?“ Verteidigungsminister **Boris Pistorius** musste sich wegen des von ihm gebrauchten Begriffs der „Kriegstüchtigkeit“ von seinem Parteifreund Kritik anhören. *„Kriegstüchtig ist nicht die Aufgabe des Grundgesetzes.“*, so Mützenich.

Mützenich erinnert daran, dass am 2. März 2022 die UN-Generalversammlung mit 77,9 Prozent einer Resolution zustimmte, die den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste missbilligte. 141 Länder stimmten der Resolution zu. Allerdings machen die fünf Länder, die dagegen stimmten und vor allem die 35, die sich enthalten haben, rund die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Dass die Resolution letztlich am Veto Russlands im Sicherheitsrat scheiterte, war zu erwarten.

Ein weiterer Kritikpunkt Mützenichs ist, dass wir auf dem Markt alles kaufen, was es an Waffen gibt, ohne näher über die Einsatzmöglichkeiten nachzudenken. Er mahnte an, dass sich das Europäische Parlament

mehr einbringen müsse. Und er appellierte, dass das Völkerrecht geschützt werden müsse. Als Fazit der Veranstaltung kann man Mützenich nicht vorwerfen, dass auch er keine neue Lösung des Problems auf den Tisch legen kann.

Im Laufe der vier Kriegs-Jahre sind vermutlich einige Chancen liegengelassen worden. Ob es unter einer Präsidentschaft Trumps erst gar nicht zum Krieg gekommen wäre, ist eine durch nichts zu belegende Behauptung. Alle Angebote aus der Ukraine, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und über Gebietsabtretungen nachzudenken, haben Putin nicht von seinem Weg abgebracht. Er dreht jeden Tag hunderte seiner Soldaten durch den „Fleischwolf“ an der Front und zerstört Stück für Stück die Ukraine. Den Schaden, den sein Krieg im eigenen Land anrichtet, nimmt er in Kauf.

Der Krieg auf europäischem Boden ist zunehmend zu einem singulären Problem Europas geworden, für das sich der Rest der Welt, allen voran die USA, immer weniger interessiert. Und Europa ist nicht in der Lage, der Ukraine in erforderlichem Umfang zu helfen, so lange Länder wie Ungarn weiterhin in Russland einkaufen und Gelder für die Unterstützung der Ukraine blockieren. Das Einstimmigkeitssystem war die größte Fehlentscheidung bei Gründung der EU.

Zu erwähnen wäre noch, dass die Veranstaltung in der *Setzerei* eine Kooperation mit dem *Haus der Vereinten Nationen* und dem *Friedenskreis Charlottenburg-Wilmersdorf* war. Fotos: Ed Koch

Und nun, wie angekündigt, eine Geschichtsstunde aus **Wikipedia** über **Rolf Mützenichs Positionen zum Krieg in der Ukraine**.



Im Mai 2021, vier Monate vor der Bundestagswahl 2021, kritisierte Mützenich den Grünen-Politiker **Robert Habeck** scharf. Dessen Forderung nach Defensivwaffen für die Ukraine im Rahmen des laufenden Russisch-Ukrainischen Kriegs sei ein Zeichen dafür, dass Habeck blauäugig sei oder sich im Wahlkampf um ein neues Image bemühe. Die Grünen seien nicht regierungsfähig und unaufrichtig. Habeck gieße mit seiner Forderung Öl ins Feuer; als ehemaliger Landesumweltminister verkenne er die innere Situation in der Ukraine und das in der Region

nötige komplexe Krisenmanagement. Ende Januar 2022, vier Wochen vor dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine, äußerte er, dass er die „russische Bedrohungsanalyse“ nicht teile, aber verstehe.

Man brauche eine Sicherheitsarchitektur in Europa, die Militärbündnisse überwinde und Russland einschließe, auch wenn das momentan „illusorisch“ erscheine. Die NATO sei keine Garantie für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie die Beispiele Ungarn, Polen oder auch Trump gezeigt hätten. Russland habe „berechtigte Sicherheitsinteressen“; das müsse öffentlich anerkannt werden. Dies habe nichts mit der Ukraine zu tun, sondern „mit den USA, dem Wegfall von Rüstungsabkommen“. Es gehe um „Deeskalation“, man hätte „Angebote im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ und in Stationierungsfragen und Vertrauensbildung. Das Zentrum gegen Desinformation des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine führt Mützenich auf einer Liste von Personen, deren „Narrative ... mit der russischen Propaganda übereinstimmen“, allerdings (Stand Mitte 2022) lediglich wegen einer Forderung nach einem Waffenstillstand.

Nach Beginn der russischen Invasion äußerte Mützenich Zweifel am Verstand des russischen Präsidenten Putin. Dessen Verhalten sei „komplett irrational“. Er wies Vorwürfe zurück, die SPD sei zu naiv gewesen; man sei nicht „gutgläubig“ gewesen. Aber es sei zu „konstatieren, dass wir uns in Putin getäuscht und ihn für einen rationalen Akteur gehalten haben“.

Er bekräftigte „grundsätzliche Zweifel“ am Konzept atomarer Abschreckung; in den Jahren zuvor hatte er ein Sicherheitssystem ohne solche Abschreckung und ohne NATO gefordert.

Im April 2022 kritisierte er die von den Abgeordneten **Michael Roth** (SPD), **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) und **Anton Hofreiter** (Grüne) bei einer Reise in die Ukraine erhobene Forderung nach Lieferungen schwerer Waffen. Es könne richtig sein, sich in der Ukraine selbst ein Bild über die Lage zu machen; es sei jedoch falsch, dann „beispiellose Entscheidungen zu fordern“, die man nicht selbst verantworten müsse.

Er warf Kritikern aus den Reihen der Koalition vor, dass es ihnen nur „am Rande“ um die Ukraine gehe. Deutschland handele im Einklang mit Partnerländern und verantwortungsvoll; man müsse aber den Eindruck vermeiden, selbst Kriegspartei zu sein und dürfe auch nicht die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gefährden. Er fordere von der SPD-Fraktion Geschlossenheit. Anfang 2023 kritisierte er im Zusam-

menhang der Debatte um die Freigabe bzw. Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Strack-Zimmermann scharf und behauptete, diese und andere würden „uns in eine militärische Auseinandersetzung hinein[reden]. Dieselben, die heute Alleingänge mit schweren Kampfpanzern fordern, werden morgen nach Flugzeugen oder Truppen schreien“. Sicherheitspolitik sei nicht auf Waffenlieferungen reduzierbar; Deutschlands Führungsrolle zeige sich auf unterschiedlichen Feldern der Hilfs- und Unterstützungsleistungen für die Ukraine. „Gleichzeitig tragen wir mit einer verantwortungsvollen Politik mit dazu bei, einen neuen Kalten Krieg zu verhindern. Eine solche Epoche darf nicht wieder die internationale Ordnung prägen.“

Strack-Zimmermann warf ihm daraufhin im Bundestag vor, das „Sinnbild aller zentralen Verfehlungen deutscher Außenpolitik“ zu sein. Er sei „nicht mehr in der Lage, sein Weltbild der Realität anzupassen“.

Im März 2024 forderte Mützenich in einer Bundestagsdebatte über einen Antrag der Unionsfraktion zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine, es solle darüber nachgedacht werden, wie man den Krieg „einfrieren“ könne. Sei „es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden“ könne?

Mützenichs Forderungen fanden laut Plenarprotokoll „Beifall bei der SPD, der Linken und dem BSW sowie bei Abgeordneten der AfD und des Abgeordneten Robert Farle“.

Dies führte zu erneuter heftiger Kritik an Mützenich sowohl aus dem Regierungslager, insbesondere von Vertretern der Grünen und der FDP, als auch von den Unionspolitikern und Teilen der SPD. Mützenich wies die Kritik zurück und sagte, er habe sich „klar für die Unterstützung der Ukraine, auch mit Waffen und Munition, ausgesprochen“.

Die Grünen-Vorsitzende **Ricarda Lang** sagte, Mützenichs Rede sei ein „Rückfall in die alte Russlandpolitik der Sozialdemokratie“, es sei offensichtlich, dass das geforderte Einfrieren „am Ende zu unfassbarem Leid der vielen Menschen in diesen besetzten Territorien führen würde.“

Finanzminister **Christian Lindner** äußerte sich gleichfalls ablehnend: „Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Existenz der Demokratie in der Ukraine dürfen nicht zum Gegenstand von Vorwahlkampf werden, wie es der Vorsitzende der SPD-Fraktion versucht hat.“

Verteidigungsminister **Boris Pistorius** (SPD) distanzierte sich von den Aussagen Mützenichs. Es dürfe keinen Diktatfrieden geben „und keinen Frieden, der dazu führt, oder einen Waffenstillstand oder ein Einfrieren, bei dem Putin am Ende gestärkt herausgeht und den Konflikt fortsetzt, wann immer es ihm beliebt“.

Außenministerin **Annalena Baerbock** (Grüne) verwies auf den Bericht der Vereinten Nationen zur Lage in der Ukraine; dieser lese sich wie ein Horrorbuch. Die estnische Ministerpräsidentin **Kaja Kallas** kommentierte die Anregung Mützenichs, den „Krieg in der Ukraine einzufrieren“, mit dem Satz „In einer Welt voller Gewalt wäre Pazifismus Selbstmord – ganz einfach ausgedrückt“. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, **Carsten Breuer**, äußerte sich gleichfalls skeptisch: „Die derzeitige militärische Situation in der Ukraine lässt ein Einfrieren des Krieges weder möglich noch erstrebenswert erscheinen“, so gut wie alle eingefrorenen Konflikte seien später wieder mit Gewalt fortgeführt worden.

Der ehemalige Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD), ein Freund des russischen Präsidenten **Wladimir Putin**, hingegen unterstützte Mützenich: „Mir scheint, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Rolf Mützenich, auf dem richtigen Weg ist. Seine Position sollte von der Partei und Fraktion unterstützt werden“. Mützenich blieb auch danach bei seiner Position. Er sei in den „Sozial- und Friedenswissenschaften ausgebildet. Dort wird das Einfrieren als Begrifflichkeit genutzt, um in einer besonderen Situation zeitlich befristete lokale Waffenruhen und humanitäre Feuerpausen zu ermöglichen, die überführt werden können in eine beständige Abwesenheit militärischer Gewalt.“ Was allerdings die Zustimmung beider Kriegsparteien voraussetze.

In der 13. Kalenderwoche 2024 wurde ein offener Brief SPD-angehöriger Historiker – **Martina Winkler, Gabriele Lingelbach, Jan Claas Behrends, Dirk Schumann** und **Heinrich August Winkler** – an die SPD veröffentlicht, der die Auffassung vertrat, dass der u. a. von Mützenich vertretene Standpunkt und dessen Überlegungen zu Recht in der Öffentlichkeit kritisiert würden, da diese „immer wieder willkürlich, erratisch und nicht selten faktisch falsch“ seien. Sie ließen die „nötige Klarheit und unzweideutige Solidarität vermissen“, die aus dem Begriff der „Zeitenwende“ eigentlich folgen müsste. Nach wie vor werde ihre frühere Ostpolitik „romantisierend als Markenzeichen der SPD“ betrachtet, Fehler und Verstrickungen von SPD-Politikern aber nicht aufgearbeitet. Das sei gefährlich, weil so die notwendige neue Außenpolitik eine irregeleitete Grundlage

bekäme. Das von Mützenich geforderte Einfrieren bedeute in Wirklichkeit „eine Beendigung zugunsten des Angreifer“.

Der Konfliktforscher **Joachim Krause** bewertete im März 2024 Mützenichs Position als widersprüchlich und vermutete, dass sie weniger für eine Konfliktlösung in der Ukraine vorgebracht wurde als für die Möglichkeit der SPD, sich in kommenden Wahlkämpfen als „Friedenspartei“ darstellen zu können. Grundsätzlich sei es nicht unstatthaft, über verschiedene Wege einer Beendigung des Krieges nachzudenken, in Deutschland neige man durchaus dazu, schnell Denkverbote zu verhängen. Mützenichs Argumentation sei inkohärent. Er gebe keine Anhaltspunkte, wie Putin – der offenkundig fest entschlossen sei, die Ukraine zu besiegen – von Deutschland oder anderen Akteuren überhaupt zu einem gewünschten „Einfrieren“ des Konfliktes gebracht werden könne, das bereits unerklärte „Einfrieren“ solle dazu dann noch irgendwie weitere Verhandlungen ermöglichen, auch dies erläutere Mützenich nicht. Stattdessen gebe er an, dass, solange Putin nicht verhandeln wolle, man auch nicht verhandeln könne, was zwar richtig sei, aber die Frage aufwerfe, warum Mützenich dann überhaupt Verhandlungen gefordert habe.

Herfried Münkler – selbst SPD-Mitglied – hielt fest, dass Mützenich offenbar Schwierigkeiten habe, anzuerkennen, dass in der internationalen Politik nunmal die Antagonisten die „Rhythmik des Geschehens“ bestimmten. **Ulrich Kühn** vom Hamburger IFSH wies darauf hin, dass der Begriff des Einfrierens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufkommen sei und sich auf sehr blutige Konflikte beziehe, in denen Russland eine gewichtige Rolle gespielt habe. Diese seien dann diplomatisch zeitweise unterbrochen worden, „ohne aber eine politische Lösung des eigentlichen Konflikts zu finden“. Stattdessen seien die Kampfhandlungen später wieder aufgenommen worden, gelungen sei eine Konfliktbeilegung so „eigentlich nie“.

In der Ukraine fehle jede Basis für das von Mützenich angedachte Vorgehen. Putin glaube, den Krieg militärisch zu gewinnen, und sehe keinen Grund, Kompromisse einzugehen, und die Ukraine strebe die vollständige Integrität ihres Staatsgebietes an.

Der Osteuropahistoriker **Martin Schulze Wessel** diagnostizierte, in der „irrlichternden Argumentation des Kanzleramts und der Fraktionsführung zur Frage der Taurus-Lieferung“ mache sich ein intellektueller „Kompetenzverlust“ der SPD bemerkbar. Er hielt es ferner für bemerkenswert, dass Mützenich nicht anerkenne und nie anerkannt habe, dass die Ukraine

1994 durch das Budapester Memorandum freiwillig und bewusst auf ihre Atomwaffen verzichtet habe, und stattdessen in „Verdrehung der Fakten“ argumentiere, dass die Ukraine auf diese Waffen sowieso keinen Zugriff gehabt habe und Russland sie nicht aufgegeben hätte, selbst wenn sie auf dem Gebiet der Ukraine stationiert gewesen seien. Dabei seien die Waffen ja gerade nicht mehr im russischen Zugriff gewesen und die Ukraine hätte trotz mangelnder Freischaltcodes genug technische Expertise gehabt, um die volle Kontrolle über Atomwaffen zu bekommen.

Anmerkungen:

Die ganzen Beschimpfungen, die **Rolf Mützenich** wegen seines „Einfrieren“-Vorschlags ertragen musste, haben ihn nicht aus der Bahn geworfen. Auch wenn er heute in seiner Fraktion weitestgehend isoliert erscheint, so hört man seinen Argumenten weiterhin aufmerksam zu. **Michael Müller** hätte gestern Abend die doppelte Menge an Tickets vergeben können.

Eines ist jedoch sicher, es gab bislang keinen besseren Vorschlag als den, den **Rolf Mützenich** im März 2024 gemacht hat.

Jeder Krieg wird einmal enden. Der Großkotz im Weißen Haus hat es bislang nicht geschafft. Auch sein Parallelgremium zum Sicherheitsrat, das eher einer Versammlung von Mafia-Bossen ähnelt, wird daran nichts ändern. Trump kassiert Milliarden von den Mitgliedern des Vereins. Keiner weiß, wohin die Gelder fließen. Die Präsidentschaft von Trump ist die korrupteste Administration, die es jemals in den USA gab. Worüber verhandeln eigentlich Trumps Immobilienunternehmer in der Ukraine und im Gaza-Streifen? Bestimmt nicht über den Schutz des Völkerrechts.

Ed Koch